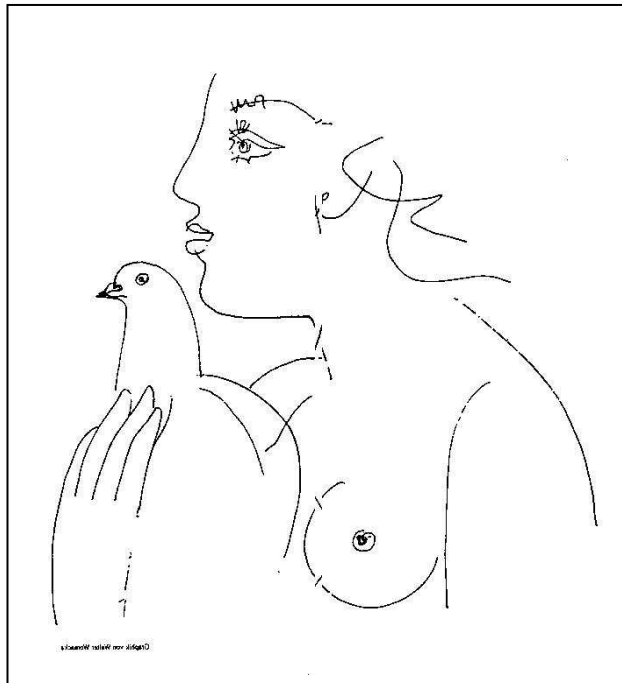


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 75



US-Weltmacht im Niedergang?

von

Rainer Rupp

Redebeitrag zur Freidenkerkonferenz

in Berlin - 8. Oktober 2010

Redaktionsschluss: 07.10.2010

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Anfang September 2010 legte US-Außenministerin Hillary Clinton in einer Grundsatzrede vor dem Council on Foreign Relations in Washington die Eckpunkte der Außenpolitik der Obama-Administration dar. Ihre Rede war aus mehreren Gründen bemerkenswert. Sie stand denen ihrer Vorgängerinnen, Madeleine Albright, Außenministerin unter Bill Clinton und Condoleeza Rice, Außenministerin unter George W. Bush in nichts nach, weder in Arroganz, noch in Scheinheiligkeit, noch in Selbstbetrug.

Ähnlich wie Albright reklamierte auch Clinton für die einzigartigen Vereinigten Staaten von Amerika eine Ausnahmerolle in der Welt, eine Rolle, welche Washington nicht einmal im Traum einem anderen Land zugestehen würde.

Albright hatte für die Sonderrolle der USA den Begriff von der „indispensable nation“ geprägt, also der Nation, ohne die in der Welt nichts geht und die zu allem konsultiert werden muss.

Warum?

- weil die USA für Freiheit und Gerechtigkeit, für Menschenrechte und Humanität stehen
- Und weil für diese hehren Ziele Opfer gebracht werden müssen, fand Albright es auch lohnenswert, 500.000 irakische Kinder zu opfern.

Dies bekräftigte sie in einem Interview am 11. Mai 1996 in der bekannten US-TV-Nachrichtensendung „60 Minutes“. Auf die Frage, wie sie zu dazu steht, dass die von ihr gegen Irak durchgesetzten Sanktionen laut UNO-Angaben bereits über eine halbe Million Kinder getötet haben, sagte sie: "Das ist eine harte Wahl, aber Ich denke, das (gemeint war der angestrebte Regimewechsel in Irak) ist es wert“.

Auch ihrer direkten Vorgängerin Rice und deren neokonservativen Bande von Kriegsverbrechern, die ein „neues amerikanisches Jahrhundert“ herbei bomben und die ganze Welt notfalls mit Gewalt nach den neoliberalen Vorstellungen Washingtons ummodellieren wollten, steht Clinton in ihrer Rede kaum nach, auch wenn sie deren Rhetorik etwas abgemildert hat und nur noch vom „neuen amerikanischen Moment“ spricht. In der Sache bleibt alles beim Alten, denn auch Clinton betont das Primat der amerikanischen Macht in einer angeblich hoch gefährlichen Welt. Deshalb ließ sie keinen Zweifel daran, dass die USA der Welt den richtigen Weg zeigen müssen. Weshalb sie unterstrich: „Lassen Sie mich eins in aller Deutlichkeit sagen: Die Vereinigten Staaten

können, müssen und werden in diesem neuen Jahrhundert (die Welt) führen“.

Selbst die New York Times empfand die Clinton Rede als starken Tobak. Die Zeitung erinnerte an eine andere Rede vor genau 14 Monate vor demselben Publikum. Damals hatte Clinton sich entschieden gegen den Unilateralismus der Vorgängeradministration von George W. Bush gewandt und sich gegen den Gebrauch roher Gewalt ausgesprochen. Stattdessen hatte sie die Notwendigkeit unterstrichen, in den USA ein „neues Gedankenmuster über den Einsatz der amerikanischen Macht“ zu entwickeln, ein Muster, „das auf Partnerschaft und Überzeugung“ basierte.

„In einer Zeit des Dialogs und des Multilateralismus“ - so die NYT - sei Clintons jüngste Rede „ein Schritt zurück zu einer knallharten Betonung amerikanischer Macht“ gewesen. Zwar habe sie Lippenbekenntnisse zu Partnerschaften und zur Notwendigkeit zu überzeugen abgegeben, aber am Wichtigsten sei ihr die amerikanische Fähigkeit gewesen, die Welt zu führen, was im Klartext nichts anderes bedeutet, als die Welt zu dominieren.

Zugleich legte Clinton im Umgang mit dem größten Kreditgeber der USA härtere Bandagen an und mischte sich zum großen Ärger Pekings in dessen bi- und multilateralen Verhandlungen mit einer Reihe von ASEAN-Ländern über die Kontrolle von Hunderten von Felsen und unbewohnten Inseln im Südchinesischen Meer ein, unter denen große Öl- und Gasreserven vermutet werden. Zudem hat Washington seit kurzem zur Eindämmung Chinas permanent eine US-Flugzeugträgergruppe vor dessen Küste im Gelben Meer stationiert. Und zu allem Überfluss hat die Obama-Administration trotz nachhaltiger Warnung aus Peking gemeinsam mit Südkorea unlängst offensive Groß-Manöver mit Stoßrichtung auf Nord-Korea und China abgehalten. Zugleich lüftete Frau Clinton in ihrer Rede ein wenig den Schleier, der bisher auf den US-Plänen zur Abspaltung des Öl-Produzierenden Südens des Sudan vom Rest des Landes lag. Im Unterschied zu den USA sind im Sudan chinesische Öl-Unternehmen aktiv.

Insgesamt zeigte Clinton in ihrem als Richtung weisenden Vortrag starke Elemente akuter kognitiver Dissonanz. Dieses Problem ist aus der Psychiatrie bekannt. Es tritt ein, wenn der Patient sich weigert, die Realität wahrzunehmen und stattdessen in seinen Wunschträumen lebt. So behauptete Clinton denn auch, dass „das Modell der amerika-

nischen Führerschaft funktioniert“ und dass „die Welt auf uns zählt“ und dass „kein anderes Land Staaten und Menschen so gut zusammen bringen kann wie das Amerika tut“. Bei letzterem denkt man natürlich sofort an Irak und an Afghanistan und andere Opfer der US-amerikanischen Führungs- und Hilfsbereitschaft.

Allerdings sieht Clinton die Fähigkeit der USA, die Welt zu dominieren, durch wirtschaftliche und politische Entwicklungen im Inneren der Vereinigten Staaten gefährdet. Insbesondere beanstandete sie, dass die marode Infrastruktur des Landes, die gigantische Ausweitung der Schulden der US-Bundesregierung und die lähmenden Debatten darüber im Kongress den internationalen Handlungsspielraum der USA unterminieren und dem Rest der Welt „ein Signal der Schwäche“ senden.

Rund um die Welt wird derzeit damit gerechnet, dass die kombinierte Finanz-Wirtschafts- und Schuldenkrise, von der die USA besonders stark betroffen sind, den Status der USA als der Welt einzige Supermacht untergraben wird. Mit Militärausgaben von fast einer Billion Dollar im Jahr, mit über 640 Militärbasen rund um die Welt, mit zwei offenen Kriegen in Afghanistan und Irak und vielen verdeckten Interventionen in Afrika, im Mittleren Osten und seit neuem wieder in Lateinamerika, leiden die USA längst unter „imperial overstretch“, der imperialen Überdehnung, an der bisher alle Imperien zu Grunde gegangen sind. Nun rückt zu allem Überfluss auch noch ein Krieg in Pakistan immer näher. Inzwischen aber sieht mindestens die Hälfte der über 170 Millionen Bevölkerung Pakistans in den USA einen Todfeind, der mit allen Mitteln, notfalls auch mit Selbstmordattentaten bekämpft werden muss.

Politisch hat Washington in den letzten Jahren ebenfalls sehr an Einfluss verloren. In Zentralasien ist es zurück gedrängt worden, in Afrika ist es dem Pentagon immer noch nicht gelungen, mit seinem neuen AFRICOM militärisch Fuß zu fassen, und auch Lateinamerika ist zu meist rosa-rot und teils weiter links und lässt sich vom nordamerikanischen Yankee nicht mehr hineinreden.

Selbst in der NATO verliert Washington mehr und mehr die Zügel, setzen sich deutsche und französische Interessen insbesondere im Umgang mit Russland verstärkt durch. Zugleich hat sich der NATO-Partner Türkei mit Brasilien zusammen gesetzt und eine eigenständige Lösung für die Urananreicherung im Iran ausgearbeitet, die Washing-

ton unbesehen verworfen hat, woraufhin das NATO-Land Türkei mit Brasilien im UNO-Sicherheitsrat gegen die USA gestimmt hat. Für das imperiale Washington, das bisher gewohnt war, dass andere sprangen, wenn es das Stöckchen hinhielt, stimmt die Welt nicht mehr. Das gilt auch für die neoliberale Staatsideologie der USA, an der die Welt genesen sollte.

Das amerikanische Wirtschaftsmodell, von dem letztlich nur die großen Konzerne profitiert haben, auf Kosten der Massen der arbeitenden Menschen sowohl zu Hause in den Industrieländern als auch in der Dritten Welt, dieses neoliberale Modell hat sich selbst ad absurdum geführt. Die freien, unregulierten Märkte sind zusammen gebrochen. Je freier und unregulierter die Märkte in den jeweiligen Ländern waren, desto schlimmer hat es sie getroffen. Von Amerika lernen heißt nicht mehr siegen lernen, weder militärisch (siehe Afghanistan und Irak) noch wirtschaftlich.

Der von der London School of Economics erimierte politische Philosoph John Gray schrieb 2008 in der Londoner Zeitung The Observer: "Hier findet eine historische, geopolitische Verschiebung statt, in der sich die Machtverhältnisse in der Welt unwiderruflich verändern". Die Ära der amerikanischen globalen Führung, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg etabliert hatte, sei vorbei. Das amerikanische Credo des freien Marktes habe sich selbst zerstört, während Länder, die eine wirtschaftliche Gesamtsteuerung der Märkte beibehalten haben, in ihrer Richtigkeit bestätigt worden seien.

Diese Veränderungen seien in ihren Auswirkungen so weitreichend wie der Fall der Sowjetunion, das ganze westlich-amerikanische Modell von Regierung und Wirtschaft sei zusammengebrochen. Als geradezu symbolisch empfand der Philosoph Gray die Fernsbilder seinerzeit, als zu dem Zeitpunkt, wo chinesische Astronauten einen Welt- raumspaziergang machten, sich das US-Finanz-ministerium auf den Knien befand, abhängig vom Wohlwollen seines chinesischen Kreditgebers.

Angesichts des drohenden Rückfalls in eine erneute wirtschaftliche Rezession hat der höchste Offizier der Vereinigten Staaten, Admiral Michael Mullen, Ende August dieses Jahres anlässlich einer Rede vor Vertretern der US-Rüstungsindustrie in Detroit eine ganz neue Bedrohungslage präsentiert. Aus der Sicht des Pentagon identifizierte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs weder Iran, Nord Korea, Afghanistan oder noch eine der vielen, undeutlich definierten „Terror-

gruppen“ à la Al Kaida als schlimmste Bedrohung. Nein, Admiral Mullen sieht in der extrem hohen Verschuldung der US-Bundesregierung „die größte Gefahr für die nationale Sicherheit der USA“.

Insgesamt erreichten die US-Militärausgaben für das Haushaltsjahr 2008/2009 fast 1.000 Milliarden Dollar. Dabei macht das reine Pentagon-Budget etwa 650 Milliarden Dollar aus. Zu diesem regulären Haushaltsposten des Pentagon müssen die Kriegskosten für Afghanistan und Irak hinzu gezählt werden, die in einem Sonderhaushalt erfasst sind. Hinzu kommen die in den Haushalten anderer Ministerien versteckten Militärausgaben, wie z.B. die für Atomwaffen im US-Energie-Ministerium, ebenso wie ein großer Teil der insgesamt 80 Milliarden Dollar für die CIA und die anderen 15 US-Geheimdienste, usw.

Für das Haushaltsjahr 2008/2009 betrug das Defizit der Obama-Administration 1,5 Billionen Dollar (etwa 11% des US-BIP). Auch im Ende September gerade abgelaufenen Haushaltsjahr 2009/2010 wurde ein Defizit von fast gleicher Größenordnung erreicht. Sollte es tatsächlich zu einem zweiten Rückfall in die Rezession kommen, droht das Defizit in den nächsten Jahren noch weiter auszufernen. Aber selbst bei einer günstigen Wachstumsprognose erwartet das Haushaltsbüro des US-Kongresses bis zum Jahr 2020 Defizite der Bundesregierung in Höhe von einer Billion Dollar jährlich. Der Anteil der Bundesschuld am BIP der USA beträgt aktuell schon fast 64%. Kein Wunder, dass die Kreditwürdigkeit der USA im Ausland und der Dollar als Weltwährungsreserve zunehmend in Frage gestellt wird.

Um die Löcher im Haushalt etwas zu stopfen, will Obama die von seinem Vorgänger Bush eingeführte und Ende dieses Jahres auslaufende Steuervergünstigungen für die Reichen nicht verlängern. Deshalb wird der US-Präsidenten sowohl von der Opposition als auch aus den eigenen Reihen heftig kritisiert. Obamas Demokratische Partei wird bei den Wahlen im Herbst mit großer Wahrscheinlichkeit in beiden Häusern des US-Kongresses die Mehrheit an die Republikaner verlieren. Zu groß ist selbst unter Anhängern des Präsidenten die Unzufriedenheit mit seiner Politik, insbesondere der Fortführung sowohl der Kriegspolitik seines Vorgängers Bush als auch die Beibehaltung der Maßnahmen seines Vorgängers zur Rettung der Wall Street Bankster.

Mit einem Sieg der Republikaner im Kongress wird Obama in eine „lahme Ente“ verwandelt werden. Seine Steuererhöhungspläne für die

Reichen kann er daher abschreiben. Zur Korrektur der gigantischen Haushaltsdefizite blieben somit nur noch drastische Ausgabenkürzungen. Die größten Haushaltsposten wie Social Security und Medicare und Medicaid sind jedoch gesetzlich geregelt. Ausgaben und Kürzungen sind ohne Gesetzes- oder gar Verfassungsänderungen unmöglich.

Der einzig andere, bedeutende Posten, bei dem die Administration ohne Gesetzesänderungen einschneidend kürzen und ein paar Prozentpunkte des US-BIP einsparen könnte, sind die Militärausgaben, die wieder Proportionen wie im Kalten Krieg erreicht haben. Allein der Anteil des reinen Pentagon-Budgets am US-BIP hat sich seit dem 11. September 2001 mehr als verdoppelt, auf derzeit 5,6%. Rechnet man die oben erwähnten, anderen Militärausgaben dazu, dann nähert sich deren Gesamtanteil am US-BIP der 8% Marke an.

Bei den Militärausgaben gäbe es also für Obama erheblichen Spielraum für Kürzungen, z.B. eine wirklicher Abzug der US-Soldaten aus Irak und Afghanistan, oder Schließung der über 640 Militärbasen, die das Pentagon weltweit unterhält, oder wenigstens teilweise Verschrottung der riesigen Armada von Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen. Die große Mehrheit von Obamas Wählern und Sympathisanten hat seit seinem Amtsantritt sehnsüchtig auf eine solche Politik gewartet. Aber um einen wirklichen Schritt in Richtung Abrüstung und Deeskalation zu machen, müssten zuvor die Grundlagen der US-Außenpolitik auf den Kopf gestellt werden. Freiwillig aber werden die Politiker in Washington als Vertreter des amerikanischen Großkapitals das US-amerikanische Ziel der globalen Dominanz nicht aufgeben. So etwas passiert nur in Märchen.

Im realen Leben ist das Gegenteil der Fall. Wie wir eingangs gesehen haben, hat US-Außenministerin Clinton in ihrer Grundsatzrede mit großem Nachdruck erneut den US-Hegemonialanspruch und das Primat amerikanischer Machtpolitik unterstrichen. Das bedeutet, dass außer einigen kosmetischen Korrekturen, der Moloch des amerikanischen Militärs - trotz Krise - ungeschoren davon kommt, während an Ausgaben für Bildung und Soziales gespart wird. Unter US-Kritikern kursiert daher bereits das Bild vom Pentagon als fetter, gefräßiger Parasit, der seinem absterbenden Opfer, der US-Wirtschaft, den letzte Tropfen Blut aussaugt. Aber wenn der Wirt stirbt, geht auch der Parasit zugrunde.

Ironischer Weise waren es die gigantischen Militärausgaben, welche den US zu ihrem Imperium verholfen haben. Nun scheint es, dass diese gigantischen Militärkosten den Fortbestand des US-Imperiums untergraben.

Das Pentagon hat das Problem erkannt: "Die Ressourcen, die unserem Militär zur Verfügung stehen, stehen in direkter Beziehung zur Gesundheit unserer Volkswirtschaft", warnte denn auch der bereits erwähnte Admiral Mullen in Detroit. Nur um anschließend zu lamentieren, dass allein die Zinsen auf die US-Staatsschuld 600 Milliarden Dollar im Jahr betragen, (trotz historisch niedriger Zinssätze). "Das ist so viel wie unser Verteidigungshaushalt in einem Jahr", so Mullen weiter. Deshalb forderte er von den anwesenden Unternehmern ein starkes wirtschaftliches Wachstum, um so die wachsenden, zukünftigen US-Militärausgaben finanzieren zu können.

Auch Hilary Clinton schlug in ihrer Grundsatzrede in die gleiche Kerbe: „Unsere Fähigkeit, unsere globale Führung durchzusetzen, hängt heute mehr denn je von einer starken (wirtschaftlichen) Grundlage hier zu Hause ab. Daher stellen die wachsenden Staatsschulden und die zusammen brechende Infrastruktur eine sehr reale, langfristige Bedrohung für unsere nationale Sicherheit dar. Präsident Obama versteht das“, bekräftigte sie. Obama tue deshalb alles, um die Wirtschaft herumzureißen. Davon zeugten auch seine neuen gesetzgeberischen Initiativen zur Stärkung der Wirtschaft. Dadurch, so Clinton weiter, „sollen wieder die Quellen der amerikanischen Macht erneuert werden, insbesondere unsere Wirtschaftsmacht und unsere moralische Autorität.“

Clintons Hoffnung auf die Wiederherstellung der „moralischen Autorität“ des von einer mörderischen Clique von Kriegsverbrechern geführten Folterstaates USA ist nicht nur ein Meisterstück an Scheinheiligkeit, sondern auch des Selbstbetrugs.

Die Autorität der USA ist dahin, nicht nur die moralische und politische, sondern auch die ökonomische. Das amerikanische Modell der „Demokratie durch freie, unregulierte Märkte“ hat sich selbst zerstört. Das System ist demaskiert. Es ist nicht die allseits vorgegaukelte „Herrschaft des Volkes, durch das Volk, für das Volk. Nein, die Krise hat es deutlicher denn je gezeigt, wofür die US-amerikanische Demokratie steht, nämlich für die Herrschaft der Reichen, durch die Reichen, für die Reichen“. Das scheint auch bei Teilen der US-amerikanischen Bevölkerung inzwischen einzusinken.

Die USA sind das Land mit der höchsten Verteilungsungerechtigkeit in der Welt. Zugleich sind sie das reichste Land der Welt, in dem jedoch jedes vierte Kind in Armut lebt.

Auch die Verarmung der Mittelschicht ist bereits weit fortgeschritten. Und wer arm ist bleibt auch arm. Die Geldeliten haben die gesellschaftliche Durchlässigkeit des amerikanischen Kapitalismus, die Karriere vom Tellerwäscher zum Millionär, erstickt. Der „amerikanischen Traum“ ist heute nur noch ein Märchen aus vergangenen Zeiten.

Die Politikverdrossenheit in den USA und die Wut auf die Herrschenden waren noch nie so groß. Zu offensichtlich haben die Bankster in der Regierung die Spielschulden ihrer Bankster-Kollegen an der Wall Street auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung beglichen. Die Bankster haben dabei den gesamten Staat dermaßen verschuldet, dass noch die nächsten Generationen von Amerikanern für die Betrugereien dieser kleinen Clique der Geldelite bluten müssen.

Wie es der Obama-Administration vor diesem Hintergrund gelingen soll, die „moralische Autorität“ der USA als eine der Hauptquellen amerikanischer Macht zu erneuern, ist ein typisches Beispiel für das von der Realität losgelösten Wunschdenkens der bürgerlichen Politik.

Es bleibt die Erneuerung der amerikanischen Wirtschaftsmacht als zweite Hauptquelle zur Durchsetzung der amerikanischen Hegemonialansprüche. Hierzu will Obama die riesigen Defizite in der Handels- und Zahlungsbilanz der USA in Überschüsse umwandeln. Dazu sollen die USA in die ganze Welt wieder Top-Industrieprodukte exportieren. Aber wie soll das geschehen, wenn die großen US-Konzerne den größten Teil der heimischen Produktionsstätten, samt der dazu gehörenden Arbeitsplätze im Rahmen der neoliberalen Globalisierung nach China und in andere Billiglohnländer verlagert haben.

Durch die jüngste technologische Revolution der Computer wurden in den letzten zwei Jahrzehnten auch Millionen von Arbeitsplätzen der Mittelschicht von den USA in Billiglohnländer wie Indien verlagert. Und die Ingenieursstellen, die noch in den USA blieben, wurden mit Hilfe von speziellen Visa von ausländischen Ingenieuren besetzt, die bereit waren für weniger Geld als ihre heimischen amerikanischen Kollegen zu arbeiten. Alljährlich werden so 65.000 anspruchsvolle, neue Stellen mit Ausländern besetzt. Die amerikanischen Hochschulabsolventen finden dagegen in ihrem Fach meist keinen Job mehr und enden trotz Studiums mehrheitlich in billigen Service-Jobs, selbst in

der Gastronomie. Und nun klagen die Politiker, dass nicht mehr genug junge Amerikaner Ingenieur werden wollen.

Die einzigen Branchen der verarbeitenden Industrie der USA, die heute noch einen Exportüberschuss erzielen, sind die Waffen- und Aerospace-Industrie und die Hollywood Filme und Serien. In allen anderen Branchen lagen die Importe weit über den Exporten, hauptsächlich weil die US-Konzerne die in Billiglohnländern gefertigten Waren in die USA transferierten. So ist das Defizit der US-Zahlungsbilanz von 1.7% des US-BIP im Jahr 1997 auf 6.1% der BIP im Jahr 2005 angewachsen. 2006, das letzte Jahr vor der jüngsten Krise erreichte das Defizit den vorläufigen Höchststand von 856 Billion Dollar.

Die USA konsumierten also 856 Billionen Dollar mehr an Güter und Dienstleistungen als sie selbst produzierten. Dafür mussten die USA also 856 Billionen Dollar im Jahr 2006 bei anderen Ländern leihen, um für dieses Defizit zu bezahlen. Da der Dollar aber Weltreservewährung ist, mussten sich die USA das Geld nicht bei ausländischen Banken leihen, sondern sie verkauften den anderen Ländern einfach bedrucktes Papier in Form von US-Schatzbriefen, sogenannte T-Bonds.

Da die USA aber inzwischen zu viele T-Bonds gedruckt haben, die US-Defizite ein Fass ohne Boden zu sein scheinen und der Dollar zunehmend an Wert verliert, nimmt die Gefahr zu, dass die anderen Länder keine T-Bonds mehr kaufen wollen. Zugleich ist in Folge der Krise der Export der US-Finanzdienstleister, der vor der Krise jährlich bei weit über 200 Milliarden Dollar lag, weitgehend weggefallen. Aus Angst, nochmals auf amerikanische Schrottpapiere hereinzufallen, rührt so schnell keiner mehr die exotischen amerikanischen „Finanzprodukte“ an.

Der Export von Finanzdienstleistungen war jedoch in den Jahren vor der Krise die wichtigste US-Einnahmequelle. In der Theorie sollte der Export dieser „Finanzprodukte“ den Export der ins Ausland verlagerten „schmutzigen“ Industriebetriebe ersetzen. Dadurch sind in den USA ganze Industriezweige vernichtet worden, deren Wiederaufbau heute erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde.

Für eine wirkliche Wiederbelebung der amerikanischen herstellenden Industrie fehlt die Grundlage. Zudem ist die Infrastruktur in den USA marode. Auch fehlt es inzwischen an einheimischen Ingenieuren und Technikern, weil man als Banker oder Finanzberater viel mehr Geld machen konnte.

Fazit: um die beiden, von Clinton genannten, „wichtigsten Quellen“ der amerikanischen Macht wieder zum sprudeln zu bringen, fehlt jegliche Basis.

Zugleich muss sich Washington ernste Sorgen machen, liquide zu bleiben. Die USA sind hochverschuldet und weder ein Ende noch ein leichter Ausweg ist in Sicht. Die Widersprüche werden nicht einfach verschwinden sondern sich Monat für Monat, Jahr für Jahr weiter zuspitzen. Irgendwann wird das restliche Vertrauen in den Dollar und die T-Bonds verschwinden und dann kann alles ganz schnell gehen.

Auch die Griechenlandkrise war urplötzlich aufgetaucht, obwohl alle Betroffenen seit Jahren von den Problemen wussten. Aber irgendwie hatten alle im internationalen, kapitalistischen Finanzsystem darauf vertraut, dass niemand das Boot zum kentern bringen würde, weil sonst alle zu den Verlierern gehören würden. Und darauf bauen auch alle, die immer noch Dollar kaufen, denn kein Land und keine Institution würden vom Zusammenbruch des Dollar profitieren.

Aber schon tauchen neue Gefahren auf, einerseits hat es der US-Kongress jetzt auf einen Handelskrieg mit China angelegt und andererseits sieht man rund um die Welt, wie die großen Exportnationen sich bemühen, ihre Währungen abzuwerten, und so auf Kosten der Arbeitsplätze in anderen Ländern selbst mehr zu exportieren, genau wie es in den 1930er Jahren war.

Damit könnte der endgültige Kollaps des US-Dollars und der US-Wirtschaft eingeleitet werden. Was dann folgen würde, darüber wird derzeit bereits fleißig spekuliert, von durchaus seriösen Personen und Institutionen.

Gerald Celente, Chef des US-Instituts für Trendforschung, ist in den USA nicht nur sehr geschätzt, weil er den Börsencrash von 1987 genau vorausgesagt hatte, sondern auch den Zusammenbruch der Sowjetunion. Heute konzentrieren sich seine schlimmen Voraussagen auf die USA, wo er in den Trends nicht all zu fern in Zukunft Hungeraufstände, Steuerrebellionen und sogar eine Revolution zu erkennen glaubt. Im Jahr 2012 werden die USA in vielen Teilen auf das Niveau eines Entwicklungslandes abgesunken sein. Und Weihnachten werden die schicken Geschenke durch Essenpakete ersetzt werden.

“Wir sind wieder in den 1930er Jahren” warnte Celente Anfang der Woche in einem Radiointerview. Er befürchtet, dass die USA in die Größte Depression aller Zeiten fallen auf die der Große Krieg folgen

wird. „Wir können diesen Krieg stoppen, bevor es soweit ist. Wir wollen, dass die Menschen aufpassen, was passiert. Wenn die Menschen schlau werden, sich widersetzen und lernen, dann muss es nicht soweit kommen. Die Zukunft liegt in unseren Händen“. Soweit der Trendforscher Celeste.

Celeste schweigt sich über die Natur des Großen Krieges aus. Bei genauerem Hinsehen, kann er aber einen Bürgerkrieg in den USA meinen und nicht einen von den USA entfesselten Weltkrieg. In soweit scheint Celeste mit dem russischen Akademiker Igor Panarin überein zu stimmen. Panarin ist ein ehemaliger KGB-Analyst und seit vielen Jahren Chef der Diplomatenschule der russischen Außenministeriums. Er tummelt sich auf den Empfängen im Kreml, veröffentlicht Bücher, gibt regelmäßig Interviews und gilt allgemein als Experte für russisch-amerikanische Beziehungen. Laut Panarin werden die USA demnächst auseinanderbrechen. Ein ökonomischer und moralischer Kollaps werden zunächst zu einem Bürgerkrieg führen und dann zu der Aufteilung des Landes in vier Teile. Die Wahrscheinlichkeit dafür liege bei 55:45 %.

Dies bringt mich zu dem Träger des alternativen Friedensnobelpreises, den Norweger Johan Galtung. Auch Galtung hat viele Entwicklungen akkurat vorhergesagt, unter anderem den Zusammenbruch der Sowjetunion. Das Ende des amerikanischen Imperiums sagt er spätestens für 2020 voraus. Auf meine Frage, ob angesichts des amerikanischen Militarismus und des gigantischen Arsenal des waffenstarrenden Kolosses USA nicht die akute Gefahr besteht, dass das amerikanische Imperium in einem großen Krieg, also einem Big Bang, untergehen wird, antwortete Galtung, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit das Gegenteil der Fall sein werde.

Galtungs historisch detaillierte und systematische Untersuchung des Zusammenbruchs von Duzenden von Großreichen in der Weltgeschichte habe ergeben, dass diese in der Regel an internen Problemen sang und klanglos verschwunden sind. Laut Galtung gehen sie nicht mit einem Bang sondern mit einem Winseln unter.

Im Fall der USA lässt das hoffen. Und vielleicht müssen wir nicht einmal bis 2020 warten.